Westliche Demokratiekrise?! Neue Formen der Beteiligung

Die Demokratie ist – weltweit gesehen – noch lange nicht die vorherrschende Regierungsform. Auch im Westen hat die Zufriedenheit mit der Demokratie zum Teil erheblich abgenommen. Sichtbar wird dies im gesunkenen Vertrauen vieler BürgerInnen in die politischen Parteien und Parlamente und im Rückgang der Wahlbeteiligung.

Nach Colin Crouch (Postdemokratie, 2003) haben sich Parteien und Politiker im Westen bereits so stark von ihren „Milieus" abgekoppelt, dass man nicht mehr von „wirklichen Demokratien" sprechen könne.Verantwortlich dafür sind nach Crouch der Aufstieg neoliberaler Politiken gegenüber egalitären und eine immer stärkere mediale Manipulation, die die „Herrschaft des globalen Unternehmens" absichere.

Es stellt sich die Frage, wie eine Reform bzw. Weiterentwicklung der Demokratie aussehen könnte? Partizipation, so die gängige Meinung, verbessere die Identifikation der BürgerInnen mit der Demokratie und könne die Kluft zwischen BürgerInnen und Politik schließen.Welche Formen von BürgerInnenbeteiligung gibt es?

Schlichtungs- und Beteiligungsverfahren

Immer häufiger nutzen BürgerInnen solche Beteiligungsangebote, um Einfluss auf kommunale, regionale oder – seltener – nationale Entscheidungen zu nehmen.Das Spektrum solcher moderierten und dialogorientierten Beteiligungsformen ist groß. Es reicht von „Townhall-Meetings" mit mehreren Tausend Teilnehmern bis hin zu Bürgerinnenräten und Planungszellen mit nur zehn oder 20 Beteiligten. Auch die Dauer schwankt – von einem Tag bis zu mehreren Monaten.Kritisiert wird, dass es vielfach keinen wirklichen Handlungsspielraum gibt, weil wesentliche Entscheidungen bereits vorab getroffen werden. Der häufig nicht-institutionelle Charakter dieser Verfahren birgt außerdem die Gefahr, dass sie von Politik und Verwaltung instrumentalisiert und zur nachträglichen Legitimierung bereits feststehender Entscheidungen missbraucht werden. Es bedarf deshalb eines rechtlichen Rahmens, innerhalb dessen solche Beteiligungsverfahren stattfinden können.Ein weiterer Kritikpunkt an Schlichtungs- und Beteiligungsverfahren ist die Tatsache, dass aufgrund der beschränkten Zeitressourcen – aber auch der Bildung, des politischen Interesses und bestimmter technischer Fähigkeiten – oft nur eine „Beteiligungselite" an solchen Verfahren teilnehmen kann. Es gilt deshalb, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, die es allen BürgerInnen ermöglichen, sich zu beteiligen. Positiv ist, dass solche Verfahren oft zu einer „argumentativen Mäßigung" beitragen.

Direkte Demokratie

Die Einführung bzw. häufigere Anwendung von Plebisziten ist eine ständig wiederkehrende Forderung. Gerne wird dabei auf die Schweiz verwiesen, wo es eine lange Tradition dieser Partizipationsform gibt. Allerdings gilt: Demokratie bedingt sich gewissermaßen selbst. Sie muss nicht nur regelmäßig gelebt, sondern auch erlernt werden. Nur in einer Gesellschaft, die in allen Bereichen demokratisch verfasst ist, können die BürgerInnen – umfassend informiert und verantwortungsvoll, selbständig und weitgehend unbeeinflusst von demagogischen PolitikerInnen und populistischen Boulevardmedien – selbst über wichtige Sachfragen entscheiden. Anderenfalls wird die direkte Demokratie zum Einfallstor für Demagogie und Populismus. Außerdem gilt es zu bedenken, dass die direkte Demokratie keinen Kompromiss kennt, weshalb Minderheitenpositionen durch plebszitäre Formen der Entscheidung stark benachteiligt werden.

Digitale Demokratie

Große Hoffnungen werden mit der Onlinedemokratie verbunden. Ihre fünf zentralen Versprechen lauten:

- Gleichheitsideal (barrierefreier Zugang)
- Partizipationsideal (jeder kann sich jederzeit und von überall beteiligen).
- Informationsideal (durch Bereitstellung aller relevanten Informationen für alle).
- Responsivitätsideal (durch die kommunikative Ankopplung der Repräsentanten an die Repräsentierten).
- Rationalitätsideal (den rationalen Lösungen können aufgrund argumentativer Einsicht schlussendlich alle zustimmen).

Die Beteiligungsraten sind bis dato allerdings sehr gering und die Partizipationsform bleibt oft selbstreferentiell („Netzthemen"). Auch hier sind bildungsferne Schichten klar benachteiligt. Die Erfahrung zeigt überdies, dass die Anonymität im Netz den rationalen Diskurs nicht gerade fördert!

Fazit

Neue Partizipationsformen führen noch nicht automatisch zu einer „besseren Demokratie". Durch den Einsatz dieser Partizipationsformen kann der Einfluss gut organisierter Lobbies und wirtschaftlich starker Bevölkerungsgruppen sogar noch steigen – denn die „neuen Partizipationsformen" sind zeitaufwändig, komplex und nicht selten intransparent. Die partizipative Demokratie kann deshalb bestenfalls als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie gesehen werden. Diese gilt es mit neuem Leben zu erfüllen!